

Gelsenkirchen und der entlarvte Selbstbetrug



Von WOLFGANG HÜBNER | Deutsche Politiker sagen oft und gerne, Deutschland und die Deutschen hätten eine „besondere Verantwortung“ gegenüber den Juden und dem jüdischen Staat Israel. Diese Verantwortung, so sagen sie, gelte auch für all die ein- und zugewanderten Neudeutschen, also für etliche Millionen Menschen. „Besondere Verantwortung“ deshalb, weil es zwischen 1933 und 1945 all die unfassbaren Verbrechen an den einheimischen und europäischen Juden im deutschen Namen der damaligen nationalsozialistischen Diktatur gegeben hat.

Nun gibt es an der Tatsache dieser Verbrechen keinen Zweifel. Wohl aber ist unklar, was diese „besondere Verantwortung“ konkret beinhalten soll. Und höchst zweifelhaft ist, ob viel später nach Deutschland aus aller Welt eingeströmte Menschen mit einer „besonderen Verantwortung“ belastet werden können, die selbst für die überwältigende Mehrheit der nachgeborenen Deutschen nicht unproblematisch ist. Denn in dieser Formel von der „besonderen Verantwortung“ klingt doch immer eine Erbschuld an, also eine Schuld, die auch ohne die konkret Schuldigen nie vergeht. Gegen die Zuweisung einer solchen Erbschuld würde sich von den schuldlosen und den nachgeborenen Deutschen allerdings massiver Widerstand regen.

Hingegen lässt es sich mit der schwammigen „besonderen Verantwortung“ ganz gut leben. Das beweisen zum Beispiel all jene Politiker und Parteien, die einerseits den Juden und Israel versichern, sich dieser „besonderen Verantwortung“

stets bewusst zu sein. Die jedoch andererseits kein Problem damit haben, dass sich Millionen in Deutschland ansiedeln, die ihren religiös begründeten Judenhas und ihre Ablehnung der Existenz des jüdischen Staates hierzulande einführen. Frei von den historischen Schuldkomplexen in Deutschland empfinden diese Menschen nämlich keinerlei „besondere Verantwortung“.

Eine Politikerphrase muss endlich konkretisiert werden

Schließlich ist die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft nicht mit der wie auch immer gearteten Verpflichtung zu „besonderer Verantwortung“ verbunden. Und eine Einlassbedingung bei der Grenzöffnung 2015 war diese bekanntlich auch nicht. Die „Judenschweine“-Rufe in Gelsenkirchen, Steinwürfe gegen Synagogen und bundesweite Kundgebungen gegen Israel entlarven die beliebt-beliebige Politikerformel als das, was sie ist: Phrasendreschender Selbstbetrug. Die Zahl derer in Deutschland, die sich von der unpräzisen „besonderen Verantwortung“ weder überzeugen noch einschüchtern lassen, ist längst viel zu groß, um selbige durchsetzen zu können. Auch polizeiliche oder juristische Repressionen werden deshalb keinen Erfolg haben.

Realistisch betrachtet geht es nur noch darum, zu verhindern, dass sich der importierte Judenhas und die Ablehnung des Staates Israel auch in der Mehrheitsgesellschaft verbreiten. Dazu bedarf es jedoch endlich der Konkretisierung dessen, was mit „besonderer Verantwortung“ außer dem folgenlosen Gebrauch in Sonn- und Gedenktagsreden gemeint ist. Wenn aus dieser Konkretisierung zum Beispiel resultieren sollte, „Judenschweine“-Rufer dingfest zu machen und mit dem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit zu bestrafen, wäre das schon mal ein Fortschritt. Ihn zu realisieren, wird schwer genug.



Hübner auf der Buch-
messe 2017 in Frankfurt.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Wo
lf
ga
ng
Hü
bn
er
s
ch
re
ib
t
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü
r
di
es
en
Bl
og
,
vo

rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk
sf
as
ch
is
mu
s,
Is
la
mi
si
er
un
g
De
ut
sc
hl
an
ds
un
d
Me
in
un

gs
fr
ei
he
it
. *De*
r
la
ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv
er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv
or
si
tz
en
de
de
r
„B

ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu
m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16
se
in
Ma
nd
at
im
Fr
an
kf

ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
. De
r
le
id
en
sc
ha
ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t
üb
er
s
ei
ne
Fa
ce
bo
ok

-
Se
it
e
er
re
ic
hb
ar
.